



Alternative für Deutschland
Kreisverband Ludwigshafen
Neunkircher Straße 7
67063 Ludwigshafen



Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die AfD Ludwigshafen begrüßt die Einstufung des linksextremistischen Onlineportals linksunten.indymedia.org durch den Verfassungsschutz als „einflussreichste linksextremistische Internetplattform im deutschsprachigen Raum“ sowie deren Einschätzung der meisten dort publizierten Inhalte als „strafbar“.

Angesichts der Tatsache, dass sich auf dieser Website Linksextremisten folgenlos zu Anschlägen auf Personen und Sachen bekennen, Andersdenkende als „Neonazis geoutet“ und verdeckte Ermittler der Polizei enttarnt werden, ein längst überfälliger Vorgang.

Bei den „Outings“, bei denen Fotos gezeigt und Adressen und Telefonnummern veröffentlicht werden, handele es sich laut dem Verfassungsschutz um das „planmäßige Ausspionieren, Enttarnen und öffentliche Bloßstellen des politischen Gegners“, dem regelmäßig Kapitalverbrechen wie Einschüchterungen, körperliche Attacken und Todesdrohungen folgen.

Die letztjährige Behauptung des Fraktionsvorsitzenden der Ludwigshafener Stadtratsfraktion Die Linke, Liborio Ciccarello, diese Website habe nichts mit Linksradikalismus zu tun, hat sich offenbar als falsch entpuppt. Ob diese Fehleinschätzung Ciccarellos lediglich seiner sachlichen Unkenntnis oder aber dem Versuch geschuldet war, wie so oft das Gefährdungspotential des linksextremistischen Spektrums zu verharmlosen oder gar als nicht existent darzustellen, mag Herr Ciccarello selbst aufklären. Ein Nachfragen seitens der kommunalen Medien wäre an dieser Stelle mehr als wünschenswert.

Die AfD Ludwigshafen wiederholt in diesem Zusammenhang auch die alte Forderung der AfD an die anderen Parteien, ihre Kuschelhaltung gegenüber dem Linksextremismus zu beenden und vor allem die finanzielle Förderung gewaltbereiter linksextremistischer Gruppen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu beenden und die 2014 von Manuela Schwesig ersatzlos gestrichenen Programme gegen den Linksextremismus wieder einzuführen.

Wie die zunehmende linksextremistische Gewalt und die Beobachtungen des Verfassungsschutzes zeigen, handelt es sich beim Linksextremismus nämlich keineswegs, wie von Schwesig offensichtlich in einem Moment einseitiger politischer Verblendung behauptet, „um ein aufgebauschtes Problem“, sondern um eine ernstzunehmende Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Mit freundlichen Grüßen,

Johannes Thiedig (Im Namen des Kreisverbandsvorstandes der AfD Ludwigshafen)